



ZdK

Salzkörner

Materialien
für die Diskussion
in Kirche
und Gesellschaft

17. Jg. Nr. 6
22. Dezember 2011

Editorial Pflegezeit

Weit stärker als Fakten prägen die Bilder in unserem Kopf, die "Images", unser Handeln und Planen. Unser "Image" von Familie ist meist fest verbunden mit Kindern, Erziehung und Bildung. Das ist auch gut so – aber nur ein Teil unserer Realität. Familie ist auch Alter, Betreuung, Pflege – und das in rasant steigendem Maße. In zehn Jahren wird die Zahl der pflegebedürftigen Familienangehörigen um 20 % gestiegen sein, weitere zehn Jahre später um 60 %.

Was diese Fakten für das Zukunftsthema Vereinbarkeit von Familie und Beruf bedeuten, wird derzeit noch dramatisch unterschätzt, wie von der "berufundfamilie gGmbH" beauftragte Studien belegen. Das zeigt auch eine aktuelle repräsentative Umfrage bei Arbeitgebern, die die Tragweite der Entwicklung auch für ihre Wettbewerbsfähigkeit mehrheitlich noch nicht erkannt haben.

Es ist in den letzten Jahren gelungen, ein hohes gesellschaftliches Bewusstsein für die Bedeutung der Vereinbarkeit von Kindererziehung und Berufstätigkeit ausprägen. Das Bewusstsein für die Vereinbarkeit von Pflege- und Berufstätigkeit ist demgegenüber noch unterentwickelt, obwohl die demografische Entwicklung genau gegenläufig ist: Im Jahr 2030 wird es annähernd so viele pflegebedürftige Menschen wie Kinder unter 6 Jahren geben. Schon heute übersteigt die Zahl der Pflegebedürftigen deutlich die Zahl der Kinder unter 3 Jahren.

In Zukunft wird es darauf ankommen, dass Familien zeitliche Spielräume gewinnen, um – auch über die eigentliche Pflegetätigkeit hinaus – für ihre älteren Angehörigen da zu sein. Es wird Zeit, dass wir unser "Familienimage" der Realität anpassen, um die richtigen gesellschaftlichen und politischen Konsequenzen zu ziehen.

Stefan Vesper

Inhalt

Nachhaltigkeit _____ 2

Eine neue Definition von Fortschritt

[Markus Vogt](#)

**Wege zu einer Kultur der
Gerechtigkeit** _____ 4

Zum Themenbereich 2 des
Mannheimer Katholikentags

[Gertrud Casel](#)

**Patientenautonomie im Spannungsfeld
zwischen Gesundheits- und
Forschungspolitik** _____ 6

Schwächen im neuen
Versorgungsstrukturgesetz

[Mechtild Schmedders](#)

Kirche neu und an neuen Orten _____ 8

Kreative Wege zu den Menschen gehen

[Werner Kleine](#) und [Hans-Georg Hunstig](#)

"So ist Er eben ..." _____ 10

Weihnachtsmeditation

[Stefan-B. Eirich](#)

**Der Nikolaus kommt auf vier
Rädern** _____ 12

2 Politik Umwelt- und Entwicklung

Nachhaltigkeit

Eine neue Definition von Fortschritt

Seit dem steilen Aufstieg des Begriffs "nachhaltige Entwicklung" zur Leitformel für globale Zukunftspolitik beim Weltgipfel für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro sind wir nicht entscheidend vorangekommen. Man kann zu Recht den Verdacht hegen, dass das auch mit der Unschärfe des Konzeptes zusammenhängt. Er ist ein Mainstream-Begriff, man hat in seinem Rahmen zwar die alte Polarisierung zwischen Ökonomie und Ökologie scheinbar überwunden, aber auf Kosten der Verbindlichkeit und Klarheit von Postulaten und Eingrenzungen. Heute, nach 20 Jahren Nachhaltigkeitspolitik, stehen wir weitgehend mit leeren Händen da. Steht Nachhaltigkeit für zwei verlorene Jahrzehnte der Umwelt- und Entwicklungspolitik?

Es wird Zeit, den Begriff gegen inflationäre Beliebigkeit sowie den Leerlauf bloßer Worte ohne Taten abzugrenzen. Wer Nachhaltigkeit als Summe aus sozialen, ökologischen und ökonomischen Zielen definiert, verfällt dem maximalistischen Fehlschluss. Nachhaltigkeit meint jedoch nicht die Gesamtheit und angebliche "Gleichwertigkeit", sondern die Wechselwirkung zwischen diesen drei Bereichen. Sie zielt auf systemisches Denken und Querschnittspolitik angesichts der "Vergesellschaftung von Umweltprobleme" (Beck). Ohne eine solche Eingrenzung wird Nachhaltigkeit zum Etikett für alles, ohne konzeptionell verändernde Kraft für die Politik zu entfalten. Die Aktualität dieser Problematik zeigt ein konzeptioneller Blick auf die verschiedenen Nachhaltigkeitsstrategien auf Länder-, Bundes- und internationaler Ebene.

Das Nachhaltigkeitskonzept von Rio setzt in seiner Argumentationslogik nicht spezifisch ökologisch an. Stattdessen gründet es in der Erweiterung des Verständnisses von Gerechtigkeit auf weltweite und generationenübergreifende Dimensionen (globale und intergenerationelle Gerechtigkeit). Sie deckt globale Gerechtigkeitslücken auf, bündelt die zentralen Zukunftsfragen als Querschnittsthema, zeigt oft überraschende Zusammenhänge und "Musterähnlichkeiten" von Problemstellungen in unterschiedlichen Kontexten auf. Nachhaltigkeit verdeutlicht den Zeitfaktor sowie den Naturfaktor in allen gesellschaftspolitischen Fragen (Wulsdorf). Sie erschließt

neue Analysen und Lösungsstrategien für das komplexe Zusammenspiel zwischen lokalen und globalen Phänomenen.

Zentrale Bewährungsprobe für globale und intergenerationelle Verantwortung ist heute CO₂-Gerechtigkeit. Auf der Basis eines menschenrechtlichen Ansatzes ergibt sich, dass Armutsbekämpfung systematisch integriert und ethisch vorrangig behandelt werden muss. Für die führenden Industrienationen ergibt sich daraus, dass mindestens 80 % des CO₂-Ausstoßes bis 2050 reduziert werden müssen. Mit der Deklaration der Energiewende hat Deutschland eine international beachtete Führungsrolle übernommen. Deren Einlösung kann nur gelingen, wenn sich in ihr alle gesellschaftlichen Kräfte bündeln. Sie in den Alltag zu übersetzen ist anspruchsvoll, aber möglich. Zunehmend werden jedoch ökologische Innovationen als wichtige Wachstumsmärkte erkannt.

Postfossiles Wohlstandsmodell

Nachhaltigkeit steht nicht nur für ein sozialtechnisches Programm der Ressourcenschonung, sondern darüber hinaus für eine ethisch-kulturelle Neuorientierung. Das neuzeitliche Fortschrittsparadigma des unbegrenzten Wachstums ist durch die Leitvorstellung von in die Stoffkreisläufe und Zeitrhythmen der Natur eingebundenen Entwicklungen abzulösen. Nachhaltigkeit ist eine neue Definition der Voraussetzungen, Grenzen und Ziele von Fortschritt. Nur ein ressourcenleichter Wohlstand ist gerechtigkeitstauglich. Als Maß- und Kontrollgröße hierfür kann der "Index of Sustainable Economic Welfare" dienen, der Wohlstand nicht am Bruttosozialprodukt misst, sondern an Kriterien eines umfassenden Konzeptes ökologischer Entwicklung.

Nachhaltigkeit ist Ausdruck einer Wiederentdeckung der Ethik des Maßhaltens. Sie zielt nicht auf Wohlstandsverzicht, sondern auf intelligente, rohstoff- und umweltschonende Nutzungs- und Verteilungsstrukturen für möglichst viele Menschen einschließlich kommender Generationen. Langlebige und reparaturfreundliche Produkte, Qualität durch maßgeschneiderte Dienstleistungen, gemeinsame Nutzung von Gütern fördern Arbeitsplätze, schonen Ressourcen und sparen häufig auch Geld. Entsprechende politisch-rechtliche Rahmenbedingun-

Politik Umwelt- und Entwicklung

gen müssen diesen Übergang fördern. Das Modell der Ökosozialen Marktwirtschaft, für das sich die Kirchen in Deutschland bereits 1985 ausgesprochen haben, ist der notwendige ordnungspolitische Ausdruck des Konzepts Nachhaltigkeit.

Der dringendste ökologische Handlungsbedarf und die größten finanziellen Einsparpotentiale für ein neues postfossiles und postnukleares Wohlstandsmodell liegen im Bereich der Energie. Entscheidend ist hier die Verbindung von innovativer Technik, organisatorischer Optimierung sowie persönlichen Verhaltensänderungen und damit die Verknüpfung von drei Strategien: Suffizienz (Sparsamkeit), Effizienz (technische Optimierung) und Substitution (erneuerbare statt fossile Energie). Nur auf der Basis dieses Dreigestirns wird die Energiewende gelingen.

In Zeiten der politischen Überforderung durch die multiple Krise von Klima, Energie, Finanzen, globalem Hunger und politischen Umbrüchen brauchen wir nicht nur einen arabischen Frühling, sondern auch einen Frühling der deutschen, europäischen und globalen Zivilgesellschaft im Engagement für Nachhaltigkeit. Auch die Enzyklika "Caritas in Veritate" hofft auf den verantwortlichen Konsumenten und Bürger als Impulsgeber für Veränderungen

Schöpfungsglaube und Nachhaltigkeit

Der Nachhaltigkeitsdiskurs ist "religionsproduktiv", indem er die ökologischen und sozioökonomischen Grenzerfahrungen der Moderne reflektiert und auch die Religionen kritisch nach ihrem Beitrag zur Problembewältigung befragt. Als älteste globale Institution auf unserem Planeten ist die katholische Kirche in besonderer Weise beauftragt, für globale und intergenerationale Gerechtigkeit einzutreten. Voraussetzung dafür ist eine Neubestimmung des Verhältnisses zwischen Mensch und Natur im Horizont des Schöpfungsglaubens.

Wenn die Bedeutung des Glaubens in der Kontingenzbewältigung liegt (Luhmann), dann ist der spezifische Beitrag der Theologie zu einem vertieften Verständnis von Nachhaltigkeit deren Transformation von einer Utopie (im Sinne des Versprechens einer omnipotenten globalen ökosozialen und ökonomischen Problemlösung

für alle Bereiche) zu einem Deutungsrahmen für die Verarbeitung der Kontingenzerfahrungen unserer Kultur im Zerschlagen des neuzeitlichen Fortschrittsglaubens. Ohne eine solche transzendente, religiös-spirituelle Dimension – ob christlich oder nicht christlich – droht Nachhaltigkeit zu einem grünen Mäntelchen für die Fortschrittsvorstellungen von gestern zu werden. Theologische Basis dieser Neuorientierung ist die Wiedergewinnung des Schöpfungsglaubens jenseits seiner Funktionalisierung als verlängerter Arm der ökologischen Moral und jenseits seiner Verflachung zum bloßen Mythos oder zur Ideologie von Intelligent-Design-Theorien.

Der Brückenschlag zwischen Schöpfungsverantwortung und Nachhaltigkeit ist auch für die Kirchen ein mühsamer Lernprozess: So wie der christliche Gedanke der Caritas Jahrhunderte lang nur tugendethisch verstanden und erst in der Verbindung mit dem Solidaritätsprinzip politikwirksam wurde, so braucht der Schöpfungsglaube eine Übersetzung in ordnungsethische Kategorien, um politikfähig und justiziabel zu werden und die konkreten Konsequenzen in den organisatorischen Strukturen und wirtschaftlichen Entscheidungen in Kirche und Gesellschaft deutlich zu machen. Deshalb trete ich dafür ein, Nachhaltigkeit heute als viertes Sozialprinzip in der christlichen Ethik zu verankern. Eine zukunftsfähige und freiheitliche Demokratie beruht nicht nur auf den Werten der Personalität, Solidarität und Subsidiarität, sondern ebenso auf dem Prinzip der Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit ist der kategorische Imperativ zeitgemäßer Schöpfungsverantwortung.

| Prof. Dr. Markus Vogt |

Professor für Christliche Sozialethik an der Ludwig-Maximilians-Universität in München.

Zu diesem Thema veranstaltet das ZdK am 02.03.2012 eine Fachtagung im Gustav-Stresemann-Institut in Bonn mit dem Titel "Kirche auf dem Weg der Nachhaltigkeit – 20 Jahre nach Rio". Weitere Informationen finden Sie auf www.zdk.de

Wege zu einer Kultur der Gerechtigkeit

Zum Themenbereich 2 des Mannheimer Katholikentags

Globalisierung gerecht gestalten: Kirchen, Zivilgesellschaft und Politik vertreten diese Forderung, von Ethikern und Wirtschaftswissenschaftlern wird sie immer wieder neu begründet, niemand widerspricht ihr. Dennoch treiben Ungleichheit, Ungerechtigkeit und Ausbeutung von Mensch und Natur weltweit in eine gefährliche Sackgasse – immer tiefer, wie leider einige Indikatoren belegen.

Die Zahl der Menschen, die in extremer Armut leben, hat weltweit wieder zugenommen. Der Anstieg ist mit verursacht durch die Auswirkungen der globalen Finanzkrise, die Klimakrise, aber auch durch erhöhte Nahrungsmittelpreise, befördert durch Spekulation mit Nahrungsmitteln. Die Ungleichheit wächst und ist damit ein Haupthindernis für soziale und ökonomische Entwicklung. Sie wächst zwischen den und innerhalb der Länder des Nordens und des Südens – auch innerhalb Deutschlands, wie der jüngste OECD-Bericht belegt.

Abgestimmte Lösungen

Die neuesten Daten zum Klimawandel zeigen einen bedrohlich beschleunigten Abbau der Ozonschicht an. Die Symptome rücken uns auch in den Industrieländern näher auf den Leib: Die Zahl der Extremwetter weltweit wächst. Die UN-Weltkonferenzen handeln sich von einem Klimagipfel zum nächsten, ohne dass es zu verbindlichen Vereinbarungen kommt, die die großen Industrienationen und Hauptklimasünder zu verbindlichen Reduktionen verpflichten und gleichzeitig den Entwicklungs- und Schwellenländern Rahmenbedingungen schaffen, sich aktiv am Klimaschutz zu beteiligen. Der notwendige "global deal", so etwas wie ein gerechter Lastenausgleich, erfordert eine Grundhaltung der Solidarität, eine "Globalisierung der Solidarität". Die Finanz- und Wirtschaftskrise, die Klima- und Energie- sowie die Hungerkrise müssen zusammengesehen werden und abgestimmte Lösungen gefunden werden.

Kultur der Gerechtigkeit

Aber es braucht nicht nur bei Regierungen Bereitschaft zu kooperativen und solidarischen Lösungen. Auch in der Bevölkerung, zunächst der Industrieländer, müssen solche Lösungen mehrheitsfähig werden. Dazu braucht es Einsicht, dass die aktuellen Wachstumsvorstellungen und Konsummuster nicht nachhaltig sind, braucht es soziale Fantasie und Bereitschaft, gerechte und nachhaltige Lebensstile zu entwickeln, Energie- und Ressourcenverbrauch entsprechend zu verändern, umweltverträglich mobil zu sein. Auch bei den Reichen und Eliten der Schwellen- und Entwicklungsländer braucht es solchen "change of mindset". Es gibt gute und tragfähige Analysen und Konzepte für Wege zur gerechten und nachhaltigen Entwicklung. Aber weltweit machen wir kaum Fortschritte in der politischen Umsetzung, kaum Fortschritte auf den notwendigen Wegen zu einer Kultur der Gerechtigkeit.

Wachstum neu denken

Im Themenbereich 2 des Katholikentages in Mannheim werden einige Schlüsselbegriffe auf diesem Weg thematisiert. Auf einer der Hauptveranstaltungen wird die Frage nach dem Wachstum und damit "die Gretchenfrage der globalen Entwicklung" gestellt. Immer mehr, immer höher, immer schneller, die Kategorien des quantitativen Wachstums haben wir alle verinnerlicht, sie prägen wirtschaftliche und gesellschaftliche Ziele und Dynamik, aber auch persönliche Lebensstile und Antriebsstrukturen. Der aktuelle globale Wachstumspfad aber ist nicht global nachhaltig. Wie sieht die notwendige Transformation zu ökologischer Nachhaltigkeit aus, die auch die globale Gerechtigkeit im Blick behält? Und was hindert uns eigentlich an dieser Transformation bzw. Veränderung?

Die entscheidenden Defizite liegen heute vielleicht nicht mehr im Bereich des Wissens um die Problematik, sondern im Bereich der Umsetzung dieses Wissens in individuelles und kollektives Handeln. Der Deutsche Bundestag hat eine Enquetekommission zu diesen Fragen eingerichtet, deren Vorsitzende ist zu dieser Katholikentagsveranstaltung eingeladen, sich mit dem Präsidenten des ZdK, Alois Glück, auszutauschen, aber auch mit Unternehmern, die in einer wachstumsorientierten Wirtschaft neue Schritte ausprobieren. Und das Publikum wird einbezogen: Welchen Preis

Katholikentag Ausblick

sind wir bereit zu zahlen für nachhaltig erzeugte und gerecht verteilte Energie?

Vorbild Katholikentag

Da passt es sehr gut, dass der Katholikentag selbst in Organisation, Abläufen und Angeboten Wege weisen will, wie "zukunfts-fähig leben" aussehen kann mit einem nachhaltigen Mobilitätsverhalten in An- und Abreise, ökofairer Verpflegung und Reinigung, effizienter Energienutzung und Müllvermeidung u. a. Zeitwohlstand, Nachhaltigkeit und Lebenskunst sollen thematisiert und erfahren werden. Der Themenbereich 2 diskutiert politische Rahmenbedingungen eines solchen zukunfts-fähigen Lebensstils. Der Katholikentag kann damit hoffentlich Kongruenz in Reden und Handeln zeigen – denn das überzeugt am stärksten!

Kampf gegen Armut

Warum bestehen Armut und Hunger fort in einer Welt, in der es so viel Reichtum gibt wie noch nie zuvor? Die Zahl der Armen wächst sogar. Die Grenzen zwischen den Kategorien "Erste Welt" und "Dritte Welt" verschwimmen: Armut und Marginalisierung gibt es in allen Gesellschaften und auch in den armen Ländern existieren Inseln unvorstellbaren Reichtums. Wir erkennen immer stärker unsere wechselseitige Abhängigkeit in den Krisen wie auch auf möglichen Entwicklungspfaden. Für keine der angesagten Krisen und Herausforderungen wird es in Zukunft nationalstaatliche Lösungen geben können. Wir müssen uns weltweit zu einer internationalen Kooperation zusammenschließen, die Menschen ein würdiges Leben ermöglicht, gleich ob sie in den Slums von Kalkutta, den Favelas von Rio, der Sahelzone oder in Chicago leben.

Darum geht es in einer Veranstaltung unter dem Titel "Tödliche Armut. Wir sind Teil des Problems – werden wir Teil der Lösung?" Die partnerschaftliche Zusammenarbeit der Industrie- und Entwicklungsländer, das achte Millenniums-Entwicklungsziel, gewinnt dabei immer größere Bedeutung, partnerschaftliche Zusammenarbeit auch zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren im Norden wie im Süden. Denn globale Gerechtigkeit ist mit weitreichenden Konsequenzen für die Lebens- und Verhaltensweisen auch in den Industrieländern verbunden. Wir brauchen international handlungsfähige Akteure, die

in der Lage sind, eine gemeinwohlorientierte Politik gegen Neoliberalismus und Utilitarismus durchzusetzen. Wir brauchen neue Formen partnerschaftlicher und wirksamer Global Governance, die internationale Lösungen mit der lokalen Agenda vor Ort verbinden können.

Ordnung der Finanzmärkte

Eine brennende Frage internationaler Ordnung betrifft die unregulierten Finanzmärkte. Viele weltkirchliche Stimmen, zuletzt der Päpstliche Rat "Justitia et Pax", haben für eine neue Finanzordnung plädiert. "Wider die organisierte Verantwortungslosigkeit", unter diesem Titel sind u. a. der frühere Bundespräsident und IWF-Chef Horst Köhler und Mario Draghi, der EZB-Präsident, eingeladen, die Grundzüge einer gerechteren und funktionierenden Ordnung der Finanzmärkte zu diskutieren, die Finanzdienstleistungen für die reale Wirtschaft anbieten können.

Aufgebrauchte Solidarität?

Angesichts enger werdender Ressourcen machen sich gerade in Europa, dem aus der jüdisch-christlichen Tradition geprägten Kontinent, anstatt neuer Aufbrüche zu einer Kultur der Gerechtigkeit neue Nationalismen breit, die der dringend notwendigen wirtschaftlichen und finanziellen Integration Europas diametral entgegenstehen. Ist der Vorrat an Solidarität in Europa aufgebraucht? Auch eine solche gefährliche Sackgasse gehört in das Themenspektrum dieses Themenbereichs.

"Einen neuen Aufbruch wagen", angesichts der globalen Krisen kommt das Motto des nächsten Katholikentages in Mannheim recht vollmundig daher. Aber wenn das Reich Gottes tatsächlich unter uns schon angebrochen ist, dann ist doch noch alles möglich. Hoffnung und Ermutigung, trotz dramatischer Fehlversuche neu aufzubrechen und Wege zu einer Kultur der Gerechtigkeit nicht nur zu suchen, sondern tatsächlich auch zu gehen – vielleicht sind dies die wichtigsten Beiträge, die christlicher Glaube in dieser weltweiten Krise und fehlenden politischen Steuerung einbringen kann!

| [Gertrud Casel](#) |

Geschäftsführerin der deutschen Kommission Justitia et Pax, Vorsitzende des Katholikentags-Arbeitskreises zum Themenbereich 2

Patientenautonomie im Spannungsfeld zwischen Gesundheits- und Forschungspolitik

Schwächen im neuen Versorgungsstrukturgesetz

Am 1. Januar 2012 soll das Gesetz zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Versorgungsstrukturgesetz – GKV-VStG) in Kraft treten (sofern es den Bundesrat passiert). Erklärte Ziele des Gesetzes sind: die Versorgung der gesetzlich Krankenversicherten in Deutschland zu verbessern, Probleme der Unterversorgung in ländlichen Gebieten zu lindern, Vergütungsregelungen insbesondere für die ambulant tätigen Ärzte zu flexibilisieren, wettbewerbliche Instrumente im Gesundheitswesen zu stärken und den schnellen Zugang zu Innovationen für die Versicherten sicherzustellen. Der vorliegende Beitrag nimmt den letzten Punkt unter die Lupe: Wo liegen die Probleme bei der Versorgung von Patienten mit innovativen Untersuchungs- und Behandlungsmethoden?

Christliches Menschenbild und Gesundheitspolitik

Dieser Frage hat sich der Sachbereich 3 "Gesellschaftliche Grundfragen" des ZdK angenommen. Denn wenn medizinische Innovationen bei Patienten eingesetzt werden, geschieht dies zumeist in einem Spannungsfeld: Auf der einen Seite stehen Heilsversprechen und Hoffnungen auf Heilung oder Linderung von Krankheit, auf der anderen Seite gibt es zumeist Behandlungsrisiken und möglicherweise ungünstige Nutzen-Risiko-Verhältnisse. Fragen nach den Voraussetzungen selbstbestimmter Patientenentscheidungen stellen sich insbesondere dann, wenn (schwer kranken) Patientinnen und Patienten innovative Untersuchungs- und Behandlungsmethoden angeboten werden, deren Wirkung noch unzureichend erforscht ist und mit denen Hoffnungen geweckt (und Kosten verursacht) werden, die sich bei genauerem Hinsehen wissenschaftlich nur schwer vertreten lassen. Gesundheitspolitik hat vor dem Hintergrund eines christlich geprägten Menschenbildes die Pflicht, zwischen Gesundheitsforschung und Anwendung erprobter medizinisch-therapeu-

tischer Verfahren sauber zu unterscheiden und Betroffene klar darüber zu informieren, wie die zur Therapie vorgeschlagenen Maßnahmen in diesem Spektrum zu verorten sind.

Bisherige Regelung zu Innovationen

Mit Innovationen sind hier ausschließlich nicht-medikamentöse Untersuchungs- und Behandlungsmethoden gemeint, da sie rechtlich anders geregelt sind als Arzneimittel. Diese unterliegen in Deutschland und Europa einer zentralen Zulassung durch eine Behörde. Strikte gesetzliche Anforderungen an wissenschaftliche Erkenntnisse sorgen in der Regel vor der Markteinführung neuer Arzneimittel dafür, dass sie besser geprüft sind als nicht-medikamentöse Methoden. Ein Beispiel für nicht-medikamentöse Methoden sind Herzklappen, die mit einem Katheter ins Herz gebracht werden. Das Medizinproduktegesetz regelt zwar, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit solche Produkte vermarktet werden dürfen. Es garantiert aber nicht, dass Nutzen und Risiken solcher medizinischen Innovationen ausreichend erforscht werden, bevor sie eingeführt werden.

Sobald solche neuen Methoden marktfähig sind, können sie im Krankenhaus ohne weitere Prüfung zu Lasten der gesetzlichen Krankenkassen eingesetzt werden, im ambulanten Sektor jedoch nicht. Die erste Regelung ist im § 137c Sozialgesetzbuch V (SGB V) festgehalten und wird üblicherweise als "Verbotsvorbehalt" (alles ist erlaubt, was nicht verboten ist) beschrieben. Die zweite Regelung steckt im § 135 SGB V und wird als "Erlaubnisvorbehalt" bezeichnet. Was in der ambulanten Versorgung zu Lasten der Krankenkassen und damit der Versicherten-gemeinschaft erlaubt wird, entscheidet der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA), ein Gremium aus den Verbänden von gesetzlichen Krankenkassen, Ärztinnen und Ärzten, Krankenhäusern sowie Patientenorganisationen. Der G-BA lässt Leistungen für die ambulante Versorgung nur zu, wenn er ausreichende Nutzenbelege in der internationalen wissenschaftlichen Literatur identifizieren und man von einem günstigen Nutzen-Risiko-Verhältnis ausgehen kann. In der Praxis stellt der G-BA gar nicht selten fest, dass eine Leistung nicht in den GKV-Leistungskatalog für den ambulanten Bereich aufgenommen wird, weil Forschungsergebnisse, die den Nutzen belegen und die

Gesundheitspolitik Reform

Risiken eingrenzen können, nicht vorliegen. Gleichzeitig werden dieselben Leistungen im Krankenhaus in der "Routineversorgung" aber angewendet!

Innovationen im GKV-Versorgungsstrukturgesetz

Der Gesetzgeber hat sich mit seiner aktuellen gesundheitspolitischen Entscheidung der Herausforderung gestellt, dem Mangel an guter klinischer Forschung mit Regelungen im SGB V zu begegnen. Das Gesetz enthält mit einem neu formulierten § 137e SGB V einen Impuls, die Erprobung von Untersuchungs- und Behandlungsmethoden zu verbessern, die in der täglichen Versorgung von Patienten eingesetzt werden, über deren Nutzen-Risiko-Verhältnis aber wenig bekannt ist. Diese sinnvolle Entscheidung wird dadurch unterlaufen, dass mit dem GKV-Versorgungsstrukturgesetz gleichzeitig der Verbotsvorbehalt ausgebaut und damit die Nutzungsvoraussetzungen im Krankenhaus weiter gelockert werden. Trotz fehlender Nutzenbelege sollen Leistungen künftig in der Routineversorgung auch dann noch angewendet werden können, wenn ihnen lediglich ein "Potenzial", kein zurechenbarer Nutzen, zugeschrieben wird. Zwar soll es dann eine Erprobungsrichtlinie geben, jedoch bleibt die Anwendung dieser "potenziell nützlichen" Verfahren in der Routineversorgung zulässig.

Patientenautonomie zwischen Gesundheits- und Forschungspolitik

Das SGB V sieht seit langem mit gutem Grund für den ambulanten Sektor vor, dass neue Untersuchungs- und Behandlungsmethoden erst dann von den Krankenkassen finanziert werden, wenn der G-BA sie geprüft und nach einer positiven Bewertung des Nutzens erlaubt hat. Diesen Schutz von Patienten über den Erlaubnisvorbehalt garantiert der Gesetzgeber für die Versorgung im Krankenhaus nach wie vor nicht. So geraten Patienten im Krankenhaus weiterhin im Glauben, sie erhielten ein erprobtes Verfahren, das dem medizinischen Standard entspricht und deshalb zu Lasten der Krankenkassen erhältlich ist, in die Situation, Versuchspersonen zu sein, ohne es zu wissen. Das mit dem § 137c SGB V für die Anwendung von Untersuchungs- und Behandlungsmethoden im Krankenhaus formulierte Verfahren (Verbotsvorbehalt) ermöglicht weder in der alten – und noch

weniger in der durch das Versorgungsstrukturgesetz geschaffenen neuen – Fassung eine Unterscheidung zwischen Gesundheitsforschung und Anwendung erprobter medizinisch-therapeutischer Verfahren. Die besonderen Schutzregelungen, die jenen Personen zugute kommen, die sich ausdrücklich an einer diagnostischen oder therapeutischen Studie beteiligen und sich als Versuchspersonen für die Gesundheitsforschung zur Verfügung stellen, werden den Patienten außerhalb des neuen Erprobungsrahmens vorenthalten. Die neuen Regelungen überzeugen auch deshalb nicht, weil zu befürchten ist, dass die weitere uneingeschränkte Möglichkeit der Leistungserbringung in der Routineversorgung nicht dazu motiviert, dass sich Kliniker und Hersteller um die notwendigen Studien in ausreichendem Maße bemühen.

Dem christlichen Menschenbild entsprechend ist wichtig, dass Patienten wissen, wie gut die Methoden erforscht sind, mit denen sie untersucht oder behandelt werden. Sie müssen erfahren, ob detaillierte Kenntnisse über Nutzen und Schadenspotenzial der jeweiligen Innovation vorliegen, oder ob es sich um eine innovative Methode handelt, deren Anwendung lediglich mit wissenschaftlich unbestätigten Hoffnungen einhergeht und deren Risiken letztlich nicht abgeschätzt werden können.

Die neue Regelung enttäuscht, denn im Sinne der Patienten wäre es dringend geboten, den Patientenschutzgedanken des Erlaubnisvorbehalts auch für den stationären Sektor vorzusehen. Selbstverständlich sollen Patienten innovative Maßnahmen im Krankenhaus erhalten, jedoch nur unter den schützenden Rahmenbedingungen einer klinischen Studie.

Ausblick: Patientenrechtegesetz

Der Patientenautonomie und dem Patientenschutz wurde mit der hier beschriebenen Regelung in nicht zufriedenstellender Weise Rechnung getragen. Daher wird es darauf ankommen, dass in dem angekündigten Patientenrechtegesetz den Aufklärungspflichten, insbesondere über medizinische Innovationen, besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird.

| Dr. Mechtild Schmedders |
Beraterin im Sachbereich "Gesellschaftliche Grundfragen" des ZdK

Kirche neu und an neuen Orten

Kreative Wege zu den Menschen gehen

Der Sachbereich "Pastorale Grundfragen" des ZdK hat im Herbst 2011 ein neues Projekt gestartet unter dem Namen "Kirche neu und an neuen Orten". Er möchte dabei diejenigen kennenlernen, stärken, ermuntern und bekannt machen, die in ganz neuer Weise Räume schaffen, in denen Gott erfahren werden kann. Der Arbeitskreis möchte sich selbst voller Neugierde in einen Lernprozess begeben, wenn er solche Orte aufsucht und mit den Verantwortlichen ins Gespräch kommt. Gesucht werden besonders Projekte, mit denen Menschen erreicht werden, die den herkömmlichen kirchlichen Angeboten eher fern- oder kritisch gegenüberstehen, an denen es gastfreundlich und spontan zugeht, an denen ganz unkompliziert Räume der Begegnung entstanden sind.

Begonnen hat der Arbeitskreis "Pastorale Grundfragen" mit einem Besuch der Katholischen Citykirche Wuppertal. Begeistert erlebte er, wie hier schon seit 2004 neue Wege zu den Menschen gegangen werden: auf den Straßen und Plätzen der Stadt, in Kaffeehäusern und Kinos, im Internet.

Citypastoral ist ein Weg der Begegnung mit den Menschen ...

Eine, beileibe aber nicht die einzige Möglichkeit, den Menschen neu zu begegnen, ist die Citypastoral. Sie macht Kirche auf den Straßen und Plätzen der Stadt präsent. Es genügt aber auch hier nicht, wieder neue kirchliche Häuser zu bauen und auf die Menschen zu warten. Das würde bedeuten, die bisherige Strategie, die sich als eben nicht mehr tauglich erweist, auf einer anderen Ebene fortzusetzen. Demgegenüber definiert sich echte Citypastoral durch ein stringentes "Geh-hin"-Konzept. Das bringt zwangsläufig eine gewisse Heimatlosigkeit mit sich. Citypastoral ist Mission, also Gesandt-Sein, im besten Sinn des Wortes.

... in der Stadt ...

Die Katholische Citykirche Wuppertal macht mit diesem Ansatz Ernst. Sie macht die katholische Kirche auf den Straßen und Plätzen der Stadt Wuppertal präsent. In regelmäßigen Abständen wird ein Zelt in den Fußgängerzonen aufgebaut, in dem manchmal Projekte präsentiert werden, das aber auch als "Kirche vor Ort" gestaltet werden kann. Ein Flyer, der das aktuelle Programm der Katholischen Citykirche Wuppertal enthält, erleichtert die Kontaktaufnahme. Ein allzu offensive Ansprache kann verschrecken. Der freundlich angebotene Flyer bildet hingegen für viele die Brücke, ein Gespräch zu beginnen. Das lässt sich auch an Zahlen ablesen: An einem normalen Tag ergeben sich auf diese Weise zwischen 300 und 500 Kontakte (verstanden als Personen, die den Flyer mitnehmen). 3 - 5 % davon bleiben für ein Gespräch stehen. Der Inhalt dieser Gespräch reicht von banalen Wegauskünften bis hin zu intensiven Glaubensgesprächen. Auch wenn citypastorales Handeln eher auf den Minutenkontakt angelegt ist, ergeben sich aus diesen Gesprächen doch manchmal längere Prozesse. Der Kurzkontakt auf der Straße bildet die erste Chance einer Verkündigung, die profiliert und individuell zugleich sein muss. Der konkrete Mensch mit seinem Anliegen steht dann im Mittelpunkt. Er erwartet in der Regel eine Antwort. Er hat es verdient, auch eine Antwort zu bekommen. Erst darin erweist sich Citypastoral als kompetent. Wenn sie als kompetent bekannt ist, ergeben sich daraus weitere Möglichkeiten. Über 1.000 Folgegespräche, die jährlich in der Katholischen Citykirche Wuppertal geführt werden, bestätigen diesen konzeptionellen Grundansatz. Auch mit anderen Projekten im öffentlichen Raum können die Menschen von heute erreicht werden. Die Katholische Citykirche Wuppertal verfolgt hier verschiedene Ansätze. Segensfeiern auf öffentlichen Plätzen (etwa Tier- oder Motorradsegnungen) sprechen auch Menschen an, die sonst nicht den Weg zum Gottesdienst finden. Insbesondere muss an dieser Stelle auch die Wuppertaler Graffiti-Krippe erwähnt werden, die seit 2009 alljährlich in der Adventszeit auf einem zentralen Platz in Wuppertal-Elberfeld in Zusammenarbeit mit örtlichen Einzelhändlern entsteht. Sie wird vom einem stadtbekanntem Graffiti-Künstler erstellt und wächst in der Vorbereitung auf das Weihnachtsfest. Erst am Heiligen Abend wird die Krippe durch "Einsprühen" des Christ-

Pastoral Suchbewegung

kindes komplettiert. Die Machart der Graffiti-Krippe, vor allem aber ihre prozesshafte Entstehung im öffentlichen Raum, spricht die Menschen nicht nur an; sie bringt sie auch miteinander ins Gespräch. Auch in diesem Jahr konnte mit Beginn der Arbeiten beobachtet werden, wie die ersten Fotos von der Krippe gemacht wurden: Passanten blieben stehen und mutmaßten, wie die Krippe wohl in diesem Jahr aussehen würde. Die Adventszeit wird so in einer ganz anderen Weise zu einer Zeit der Erwartung. (Die Entstehung der Krippe kann übrigens über eine Webcam beobachtet werden, die auf der Homepage www.katholische-citykirche-wuppertal.de präsentiert wird.)

... aber auch andernorts

Citypastoral begegnet den Menschen in ihrer gewohnten Lebenswelt. Eine immer mehr an Bedeutung gewinnende Kommunikationsform stellen die sogenannten neuen Medien dar. Das Internet eröffnet neue Möglichkeiten. So betreibt die Katholische Citykirche Wuppertal verschiedene Internetprojekte, die im Zuge der Mobilisierung teilweise auch als Apps für Smartphones verfügbar sind. Erwähnt seien hier nur die mystagogische Kirchenführung (www.mystagogische-kirchenfuehrung.de) oder der Weblog der Katholischen Citykirche Wuppertal "Kath 2:30" (www.kath-2-30.de), in dem Kurzvideos präsentiert werden, die Inhalte des katholischen Glaubens mit den Mitteln der Videoästhetik in der internetaffinen Form von Filmen, die etwa 2 Minuten und 30 Sekunden lang sind, darstellt. Die Zugriffszahlen auf diese Plattform steigen stetig an. Im Jahr 2011 werden über 180.000 Besucher den Weblog aufgesucht haben. Dass die Virtualität durchaus eine reale Dimension hat, wird immer dann deutlich, wenn Internetuser aufgrund des Besuches eines der Internetprojekte der Katholischen Citykirche Wuppertal auch den Kontakt in der analogen Welt suchen.

Hier stehen wir nun, wir können auch anders ...

Das Wort von der "ecclesia semper reformanda", von der sich immer wieder selbst reformierenden Kirche, ist häufig zu hören. Und doch gewinnt man manchmal den Eindruck, dass sich viele, die in der Kirche Verantwortung tragen, hinter vermeintlich sicheren Traditionen verste-

cken. Dabei ist die Tradition selbst ein Prozess und nicht statisch. Wenn die traditio – die Überlieferung des Wortes Gottes in die Welt von heute – gelingen soll, kann die Kirche nicht immer mit den strukturellen Mitteln von gestern agieren. Aus einer "ecclesia in situ" muss wieder die "ecclesia in actu" werden. Das Wort Gottes bleibt, die Weise der Vermittlung ändert sich. Citypastorales Handeln stellt sich dieser Herausforderung in der Postmoderne. Sie nimmt die Lebensweise der Menschen ernst, die sich eben nicht mehr nur an einen Ort binden. Sie agiert in einer pluralen Gesellschaft, ohne eine eigene Parallelwelt zu erschaffen – und bleibt doch profiliert katholisch.

... wirklich!

Dass das geht, zeigt eine Begebenheit, die sich am 24.3.2010 auf dem Kerstenplatz in Wuppertal-Elberfeld ereignete: Meine Kollegin und ich hatten in dem Zelt wie so häufig einen kleinen Tisch mit einer aufgeschlagenen Bibel und einer Kerze aufgebaut. Nach einiger Zeit überquerten zwei Jugendliche, etwa 16 Jahre alt, den Platz und steuerten zielsicher auf das Zelt zu. Vor der Kerze blieben sie stehen. Der eine holte eine Schachtel Zigaretten aus seiner Jacke und zündete sich eine an der Kerze an. Ich stand mittlerweile hinter ihm: "Das kostet ein Vater unser." "Das kenn ich nicht", erhielt ich zur Antwort. "Aber ich", antwortete sein Begleiter. "Na, dann weißt du, was du zu tun hast", antwortete ich. Im Weggehen hörte ich, wie der eine anfang: "Vater unser im Himmel ..."

Solche Erlebnisse machen immer wieder deutlich: Gott ist in der Stadt. Die Kirche braucht bloß hinzugehen ...

| Dr. Werner Kleine

| Katholische Citykirche Wuppertal

| Hans-Georg Hunstig

| Sprecher für Pastorale Grundfragen des ZdK

In den kommenden Monaten will der AK weitere Projekte besuchen Bereits gestartete, in diesem Sinne "neue", zukunftsfähige Aktivitäten in Gemeinden, Verbänden und Initiativen sind zur Kontaktaufnahme eingeladen (unter dorothee.vienken@zdk.de).

"So ist Er eben ..."

Wer in den Wochen vor Weihnachten mehr als nur "frohe Festtage" wünschen will, greift gerne auf den Frieden zurück. "Ein friedvolles Fest" heißt es dann, und der weihnachtliche Friede soll möglichst lange ins neue Jahr fort dauern.

Aber, was wünscht eigentlich, wer Frieden sagt? "Friede – das bedeutet: Alle Menschen sind Brüder und Schwestern!", jubeln die Enthusiasten. – "Friede, das ist Abwesenheit von Krieg", entgegnet nüchterne Realisten. – "Friede ist, wenn Wolf und Lamm ruhig zusammen wohnen", verkünden die biblischen Propheten. – "Friede ist, wenn jeder ungestört tun und lassen kann, was er will", knurrt der Individualist. – "Friede wäre für mich: endlich einmal ausspannen und Ruhe finden", träumen von Geldsorgen und Alltagsstress geplagte Familienväter und -mütter. – "Eltern müssen ihren Kindern Zeit schenken, und die Hausarbeit muss geschlechtergerecht aufgeteilt werden, damit der Hausfriede nicht schief hängt", mahnen die Familien- und Eheberater. – "Friede braucht Recht und Ordnung und Schutz der traditionellen Lebenskultur", fordern die Konservativen, während die Forderung nach weitgehender "Freiheit für alle" als Vorbedingung für den Frieden ein liberaler Grundgedanke ist. – "Friede beruht auf einem Gleichgewicht der Kräfte", stimmen die Generäle mit den Realpolitikern überein, und: "Friede bedeutet klassenlose Weltgesellschaft!", halten einige Nimmermüde dagegen. – "Option für die Armen, für Gerechtigkeit und Entwicklung – das ist der neue Name für Frieden", formuliert die katholische Soziallehre. – "Frieden gibt es nur unter Wahrung der Interessen des amerikanischen Volkes", steht dagegen in der außenpolitischen Doktrin der USA. ... Und damit sind wir angelangt – beim Krieg: "Frieden!" sagen die Einen und "Frieden!" die Anderen und können sich nicht einigen und geraten darüber in Streit und schlagen sich die Köpfe ein und bleiben so unfriedlich und so voll unerfüllter Sehnsucht nach Frieden wie zuvor.

Kann ich vor solchem Hintergrund den Friedenswunsch meines Nachbarn eigentlich noch aufrichtig erwidern? Muss ich nicht mutmaßen, dass er mit Frieden möglicherweise etwas ganz anderes meint als ich – vielleicht

sogar etwas, das meinem Verständnis davon unversöhnlich entgegensteht? Und enthält so das Streben nach Frieden nicht selbst schon wieder eine Wurzel für unausrottbare Konflikte?

Auch die biblische Weihnachtsbotschaft spricht uns vom Frieden. Aber ist der weihnachtliche Friedensbegriff nur eine weitere Friedens-Definition, über die man erneut in Streit geraten kann, eine ideologische Worthülse, eine leere Sprechblase, gar ein realpolitisches Programm? – Der Weihnachtsfriede ist anders: ein Geschehen, eine Tatsache, eine Wirklichkeit, die noch dazu und eigentlich sehr einfach ist: Gott ist in diese Welt gekommen – nicht um den 150 Definitionen von Frieden eine 151. entgegenzuhalten. Gott ist auch nicht in die Welt gekommen, um hier endlich Ruhe und Ordnung zu schaffen und der Welt endlich sein Verständnis von wahren Frieden beizubringen und aufzuzwingen.

Nein – Gottes In-die-Welt-kommen geschieht in einer ganz anderen Weise – und es ist die einzige Weise, wie Friede geboren werden kann: Gott nimmt diese Welt in Liebe an, so wie sie nun einmal ist. Er wartet nicht zu, bis alle Wege bereitet, bis alle Hügel und Täler eingeebnet sind und alles Seinen Vorstellungen entspricht. Nein, Gott stellt keine Bedingungen. Wenn in der Herberge kein Platz ist, dann ist Ihm der stinkende Stall gut genug. So ist sie eben – diese Welt, die Gott so sehr liebt. Wenn sich sonst niemand für Ihn interessiert, ist Ihm die Gesellschaft armer Hirten, der "underdogs" der damaligen Gesellschaft, gerade recht.

So ist sie eben – diese Welt, die Gott so sehr liebt. Und wenn Er – als Säugling noch – fliehen muss vor einem machtbesessenen Herrscher, und wenn Er als Sohn eines einfachen Zimmermannes aufwachsen und dann ungestet umherwandern muss, und wenn Er statt Dank und Anerkennung für Seine heilvollen Worte und Taten nur Unverständnis und Feindschaft erntet – und so fort bis ans Kreuz – wir kennen kein Wort des Hasses und keine Tat der Rache und der Vergeltung von Ihm, ja nicht einmal ein Anzeichen davon, dass es Ihn gereut hätte, in diese Welt gekommen zu sein und sie zu lieben – sie, die nun einmal so ist. – So ist eben Er – Gott, der diese Welt trotz allem so sehr liebt: bedingungslos, allem Desinter-

Weihnachtsmeditation

esse und aller Feindschaft, aller Banalität und allem Anderssein, aller Erfolglosigkeit und allem Hass zum Trotz. Ja, das müssen wir zuerst einmal sehen: So ist die Welt, in die Gott gekommen ist: desinteressiert und feindlich, banal und egoistisch mit sich selbst beschäftigt. Und machen wir uns nichts vor: So ist unsere Welt immer noch, und wir sind unbestreitbar ein Teil von ihr – ängstlich und in uns selbst verschlossen und insgesamt wenig vertrauenswürdig – und dennoch voll Sehnsucht nach Frieden. – Und genau dieser Welt – uns – wird (wurde) in der Heiligen Nacht Frieden zugesagt, weil Gott Frieden mit uns geschlossen hat und schließt – einseitig und bedingungslos. Aber nur so ist Frieden möglich: Gott hat uns nicht zuerst Seine Vorstellungen präsentiert und verhandelt und alles davon abhängig gemacht, ob wir als Seine Friedenspartner auch so denken wie Er. – Nein, Er vertraut sich einfach den Menschen an – als Kind, als Flüchtling, als einfacher Arbeiter, als Lehrer, als Heiler, als Weggefährte in Leiden und Tod. Und Er vertraut sich allen Menschen an – ob wir nun "Frieden" oder "Salam", "Shalom" oder "Pax", "Peace", "Pace" oder "Pokój" sagen und jeweils eine vielleicht ganz eigene Vorstellung damit verbinden.

Denn Gott geht es nicht um Worte. Ihm geht es um den ersten, bedingungslosen Schritt, und Er tut ihn: Sein Friedenswort wird Fleisch – wehrlos, verletzlich, auf die wohlwollende Antwort einer rauen, feindlichen und zerstrittenen Welt angewiesen. Gewiss, das kann schief gehen. (Und tatsächlich darf auch aus der Weihnachtsbotschaft das Kreuz als Zeichen des Scheiterns nicht ausgeklammert werden.) Aber Gott war es dieses Risiko wert, weil nur so Frieden werden kann: im bedingungslosen Ja zum Anderen und im Voraus geleisteten Vertrauen, dass dem angebotenen Friedenswort eine entsprechende Antwort zuteil wird. Und genau so: bedingungslos, als eine vertrauensvolle Vorausleistung möge auch unser Friedenswort für diese Welt Fleisch und Wirklichkeit werden: für den Partner oder die Nachbarin, für die Arbeitskollegin oder den Fremden – ob wir nun "Frieden" oder "Pokój", "Salam" oder "Paz" sagen.

| Stefan-B. Eirich
Rektor im ZdK





ZdK

Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

ZdK | Zentralkomitee der deutschen Katholiken
Postfach 24 01 41, D 53154 Bonn

Der Nikolaus kommt auf vier Rädern

Mehr und mehr geraten Identifikationsfiguren für soziales Handeln, christliche Nächstenliebe und abendländische Kultur in Vergessenheit.

Dass Schulen ihren Martinszug freizügig in einen "Lichterzug" umbenennen oder der "Weihnachtsmann" den heiligen Nikolaus ersetzt, sind nur zwei der prägnantesten Beispiele unserer heutigen Zeit. Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen werden damit Vorbilder genommen oder sie lernen sie erst gar nicht richtig kennen. Daher brauchen wir mehr denn je geschichtliche Identifikationspersonen, die für das Leben junger Menschen von Bedeutung sind. Wie der heilige Martin das "Teilen" lehrt, so steht der heilige Nikolaus für das "Schenken" und das faire Miteinander.

Auf Einladung des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend in der Stadt Köln (BDKJ Köln) hat sich im April 2011 das Bündnis "Nikolaus komm in unser Haus" gegründet. Seitdem arbeiten über 20 Initiativen, Einrichtungen, Verbände und Privatpersonen aus ganz Deutschland gemeinsam an der Wiederentdeckung der Nikolaustradi-

tion und der Adventszeit. Synergien bündeln um gemeinsam etwas zu bewegen ist der Leitspruch des Bündnisses. In diesem Jahr standen nach der Gründung die Projekte "NikolausFortbildung" und das "NikolausMobil" im Fokus.

Mit dem Projekt "NikolausMobil" geht der BDKJ Köln zusammen mit den weiteren Verbänden und Einrichtungen neue Wege im Bereich der pastoralen Öffentlichkeitsarbeit. In der Zeit vom 1. bis 3. Advent tourte das "NikolausMobil" durch Nordrhein-Westfalen und Thüringen, um mit methodisch-didaktischem Material die christlichen Werte und Traditionen des heiligen Nikolaus in den Vordergrund zu rücken. Die Aktion wurde durch eine kleine Ausstellung begleitet. Auf fünf Schautafeln wurden die Themen "Kritischer Konsum", "Fairer Handel" und "Werte" in der Sprache der Kinder und Jugendlichen aufbereitet.

Auf seiner Tour an die 25 Stationen kamen die Mitarbeiter des Mobils, u.a. Daniel Könen vom BDKJ Köln und Diakon Michael Ruland von der Pax-Bank in Köln, mit vielen jungen, aber auch erwachsenen Menschen in Kindertagesstätten, Schulen, verschiedenen weiteren sozialen Einrichtungen, aber auch mit Menschen des öffentlichen Lebens sowie bei Adventskonzerten über die Botschaft des heiligen Nikolaus ins Gespräch. Durch die Aktion ist es gelungen, die christlichen Ideale des heiligen Nikolaus nach außen zu tragen.

Auch in 2012 will das Bündnis "Nikolaus komm in unser Haus" weiterhin aktiv für die Botschaft des heiligen Nikolaus werben. Um den Fortbestand der Aktionen zu sichern, braucht die Initiative Menschen, die sich ideell und finanziell an der Realisierung beteiligen. Gerne informieren wir Sie über die Aktivitäten.

Bitte senden Sie uns ihre Kontaktdaten an:
nikolausbuendnis@bdkj-koeln.de

Pressestelle Hochkreuzallee 246, 53175 Bonn
Postfach 24 01 41, 53154 Bonn

Tel. +49. (0) 228. 38 297 - 0. Fax +49. (0) 228. 38 297 - 48
Mail presse@zdk.de Web www.zdk.de

Herausgeber
Dr. Stefan Vesper Generalsekretär

Redaktion
Theodor Bolzenius Pressesprecher

Nachdruck frei / Belegexemplar erbeten

Alle Ausgaben der "Salzkörner" finden Sie auch auf unserer Internetseite: www.zdk.de/salzkoeerner